

## "Willy Brandt: Außenpolitische Improvisationen" in Das Berliner Stadtblatt (10. Mai 1950)

**Legende:** Einen Tag nach der Schuman-Erklärung kritisiert Willy Brandt am 10. Mai 1950 im Berliner Stadtblatt die Politik der Regierung im Hinblick auf den Beitritt der BRD zum Europarat und kommentiert die Vorschläge des französischen Außenministers.

**Quelle:** Das Berliner Stadtblatt. 10.05.1950, Nr. 108; 5. Jg. Berlin. "Außenpolitische Improvisationen", auteur:Brandt, Willy , p. 2.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/"willy\\_brandt\\_außenpolitische\\_improvisationen"\\_in\\_das\\_berliner\\_stadtblatt\\_10\\_mai\\_1950-de-a788bd86-c4df-464f-afab-b98a7e187210.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 03/07/2013

## Außenpolitische Improvisationen

Der gestrige Tag hat wiederum erschütternde Beweise dafür erbracht, wie improvisatorisch, um nicht zu sagen dilettantisch, in Deutschland außenpolitische Gehversuche gemacht werden. Dafür gibt es Gründe. Aber es gibt keine Entschuldigung dafür, daß Entscheidungen über prinzipielle Fragen unter vorwiegend taktischen Gesichtspunkten gefällt werden und daß Männer von Einfluß und Verantwortung einer gründlichen Analyse der Verhältnisse geflissentlich ausweichen. Das, was Dr. Adenauer zum plötzlichen Regierungsbeschluß für den Eintritt in den Europarat erläuternd ausführte, enthielt kaum die Spur einer solchen Analyse. Nichts gegen das, was er über die deutsche Verpflichtung sagte, ehrlich und energisch für die Schaffung Europas und für die Erhaltung des Friedens einzutreten. Aber mit dem Schlagwort von der „Dritten Kraft“ wird man der gegenwärtigen Lage und den sich aus ihr für Deutschland ergebenden Konsequenzen in keiner Weise gerecht.

Das Für und Wider zur Frage des Europarates ist in der Debatte der vergangenen Wochen und Monate eingehend erörtert worden. Nach der einseitigen Regelung an der Saar schien es, als ob sich Regierung und Opposition in Bonn darin einig wären, die Einladung nach Straßburg in aller Ruhe zu erörtern. Gegen einen überhitzten Entscheid sprach auch die in der internationalen Diskussion erkennbare Tendenz, das Straßburger Gremium weniger ernst zu nehmen und sich stärker auf neue Formen westlicher Zusammenarbeit einzustellen. Es sprach also manches dafür, zunächst die Ergebnisse der Londoner Außenministerkonferenz abzuwarten. Die Bundesregierung hat sich anders entschieden. Sie hat gemeint, daß es gerade im Hinblick auf London wichtig sei, den Willen Bonns zur Mitarbeit im Europarat zum Ausdruck zu bringen.

Wann der Bundestag seine Entscheidung fällen wird, ist noch nicht bekannt. Er steht wiederum vor einer Politik der halbvollendeten Tatsachen. Die Regierung wäre wahrscheinlich besser beraten gewesen, wenn sie einer gleichzeitigen Befragung des Parlaments nicht ausgewichen wäre. In ihrer großen Mehrheit haben die Vertreter des Volkes vom Beschluß des Kabinetts erst durch die Presse Kenntnis erhalten. Wir glauben nicht, daß diese mit einer gewissen Konsequenz betriebene Art des Vorgehens gut ist. Sie bringt uns draußen kein Ansehen und dient im Innern nicht der Stärkung des demokratischen Gedankens.

Die Sozialdemokraten brauchen sich von manchen Neueuropäern nicht darüber belehren zu lassen, wie notwendig ein föderativer europäischer Zusammenschluß ist. Sie sind Realisten genug, um zu wissen, daß ein großes Ziel nicht immer ganz gradlinig erreicht werden kann, sondern daß man sich ihm manchmal auf Umwegen nähern muß. Wogegen sie sich aber mit aller Entschiedenheit gestemmt haben, ist, daß die Europapolitik auf verhängnisvolle Abwege geführt wird. Die Regelung an der Saar war ein solcher Abweg. Sie zeigte, daß man vielerorts noch nicht bereit war, elementare Folgerungen aus europäischen Bekenntnissen zu ziehen. Die Opposition gegen die Kopplung von Europarat und Saarfrage entsprang nicht nur einer nationalen Notwendigkeit, sondern auch einer ernstgenommenen europäischen Verpflichtung. Ebenso wichtig sind aber andere Probleme, die durch den Beitritt zum Europarat aufgerollt werden. Diese Probleme, die die Rolle Deutschlands in der westlichen Welt betreffen und die gesamtdeutsche Perspektive ebenso sehr berühren wie die gesamteuropäische, bedürfen einer ernsten Prüfung. Zu dieser Prüfung gehört dann die Frage, ob Straßburg in gegebener Lage und unter den bekannten Bedingungen überhaupt als ein Schritt nach vorn betrachtet werden kann. Selbst wenn das der Fall wäre, würden sich die eigentlich springenden Punkte erst in der nächsten Runde ergeben. Darum darf man einer Erörterung dieser Punkte nicht durch Redensarten ausweichen, und eben diese Gefahr ist vorhanden.

Dr. Adenauer hat betont, daß kein ursächlicher, sondern nur ein „innerer“ Zusammenhang bestehe zwischen dem Beschluß der Bundesregierung und dem Vorschlag des französischen Kabinetts, durch den die gemeinsame Kontrolle der Schwerindustrien erreicht werden soll. Wir stimmen zu, wenn die gestrigen französischen Vorschläge als ein beachtlicher Ausdruck des Willens bezeichnet werden, die französisch-deutschen Beziehungen neu zu regeln und damit eine Abgrenzung von einer für alle Teile unerquicklichen Vergangenheit vorzunehmen. Die Sozialdemokraten haben seit Jahr und Tag eine echte Europäisierung der großen Industrien verlangt, und sie würden nichts mehr begrüßen, als wenn sich nun die Möglichkeit böte, einen wesentlichen Schritt auf diesem Wege zurückzulegen. Zunächst erfordert der französische Vorschlag — über die Anerkennung des guten Willens hinaus — ja aber wohl auch ein sehr aufmerksames Studium.

Die Verhandlungen über eine Zollunion zwischen Frankreich und Italien haben sich bekanntlich sehr in die Länge gezogen, und praktische Ergebnisse sind bisher kaum sichtbar geworden. Es wird auch darauf zu achten sein, daß der an sich begrüßenswerte Vorschlag nicht zur Errichtung einer Interessengemeinschaft der großen Kapitalbesitzer beider Länder mißbraucht wird. Daß Paris bemüht war, einen Schritt nach vorn vorzuschlagen, bleibt auf alle Fälle anzuerkennen, und es wäre denkbar, daß dadurch auch eine Entgiftung des Saar-Konflikts erreicht werden könnte.

Bei aller sonstigen Kritik und den ernststen Vorbehalten gegenüber den außenpolitischen Improvisationen des Bundeskanzlers unterstreichen wir seine Auffassung, je stärker die Bundesrepublik wird, desto besser wird es für Berlin und den deutschen Osten sein. Ob man aus dieser Erkenntnis in Bonn und in anderen Orten des Westens die richtigen Konsequenzen zieht, wagen wir allerdings zu bezweifeln. Sonst wäre es unerlässlich gewesen, am Vorabend der Londoner Konferenz, die gesamtdeutsche Problematik zumindest anzudeuten und für Berlin zu fordern, daß die alliierten Vorbehalte zum Grundgesetz fallen, durch die seine Einbeziehung als 12. Land bisher nicht wirksam werden konnte.